Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 218. Sonnabend, 17. September 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Genfer Bilanz.

Wenn auch die augenblicklich tagende Völkerbundsversammlung in Genf noch lange nicht ihr Programm absolviert hat und noch manch gewichtige Fragen den Kommissionssitzungen und Vollversammlungen zur Beratung stehen werden, so läßt sich dennoch heute schon sagen, daß die diesjährige Herbstsession des Völkerbundes ihr Hauptpensum bereits erledigt hat. Die großen Reden der großen Staatsmänner sind verklungen, die gewichtigen Anträge, ihrer verletzbaren Spitzen beraubt, sind den Unterkommissionen zur sachgemäßen Beisetzung übergeben. Die äußere Struktur des Völkerbundes ist gewahrt, die innere Fäule sorgsam zugekittet. Befriedigt können in den nächsten Tagen Briand und Chamberlain wieder nach Hause reisen, in dem erhebenden Bewußtsein, durch kluge Taktik, schöne Worte und geschäftsordnungsmäßige Kniffe dafür gesorgt zu haben, daß sich wirklich und wahrhaft an Genf und seiner Politik nichts geändert hat. Sucht man sorgsam nach etwas Neuem, das vielleicht doch aus den langen und aufgeregten Debatten der letzten Wochen in Genf in Erscheinung getreten wäre, so könnte man vielleicht dieses Neue in einer gewissen unverkennbaren Selbständigkeitsbewegung der kleinen Nationen des Völkerbundes finden. In dem holländischen Vorstoß, der, sicherlich von idealen Momenten getrieben, die Idee der Abrüstung in ein etwas kongreteres Stadium führen wollte, in den Reden des Griechen Politis, in der scharfen Erklärung des ungarischen Grafen Apponyi, in der geradezu sensationellen Ablehnung des belgischen Antrages auf sofortige Wiederwählbarkeit in das Ratskollegium. Diese merkliche politische Regsamkeit der kleinen Nationen in Genf hat zwar zu einem Ergebnis geführt, das wahrlich nicht als imponierend zu bewerten ist. Aber allein die Tatsache dieser Regsamkeit ist schon bemerkenswert. Sie war ein Beginn, ein Ansatz, ein Versuch, der sicherlich bei den kommenden Völkerbundstagungen vielleicht mit mehr Geschick und diplomatischer Feinfühligkeit wiederholt werden wird.

Ganz spurlos sind die letzten Vorstöße der kleinen Staaten in Genf nicht vorübergegangen. So läßt sich nicht leugnen, daß das Aus-der-Reihe-Springen verschiedener Kleinstaaten den berufenen Auguren des Völkerbundes das Konzept ihrer Reden und Pläne sehr oft weidlich zerzaust hat. Die Improvisationen Briands und Chamberlains kamen nicht ganz so von ungefähr. Sie waren Notwendigkeiten einer Abwehrstellung und der Selbstbehauptung. Dieses Einwirken der Politik der kleinen Staaten kam schließlich ganz besonders in den großen Reden des Locarno-Dreigestirns Stresemann-Briand-Chamberlain zur Geltung. Es wird wohl nicht abzustreiten sein, daß das Inhaltsprogramm der in Aussicht gestellten großen Reden noch wenige Tage vor dem Ereignis ganz anders aussah als in den Stunden, da sie vom Stapel gelassen wurden. Vermutlich waren sie vor dem Vorstoß der neutralen Staaten noch allgemeiner konzipiert, als wie sie später in Wirklichkeit gehalten wurden. Wenn Herr Briand so tief in die Skala seines Gefühls-Repertoires greifen mußte, so tat er dies wohl auch in der Erkenntnis, daß er sich einen „moralischen Erfolg" unbedingt holen mußte. Wenn Herr Chamberlain sich so eingehend über die Erfordernisse der Politik seines Imperiums und die unumgänglichen Notwendigkeiten der englischen Haltung ausließ, so tat er dies, weil er sich in der Verteidigungsstellung sah. Auch Herr Dr. Stresemann sah sich in seiner Rede aus begreiflichen Gründen gezwungen, für den Völkerbund, dessen Geist und reine Absichten eine ritterliche Lanze zu brechen. Aber immerhin unterscheidet sich die Rede unseres Außenministers insofern von der meisterlichen Rhetorik seiner Völkerbundskollegen, als sie zum mindesten ein positives Neues verkündete: die Bereitwilligkeit Deutschlands, das Haager Schiedsgerichtsprotokoll zu unterzeichnen. So kann seine Rede auch sachlich gewertet werden, im Gegensatz zu den Ausführungen Chamberlains und Briands, die mit meisterlicher Dialektik eben nichts sagen wollten.

Die Tatsache, daß der belgische Delegierte Vandervelde nicht mehr in den Rat hineingewählt wurde, ist gleichfalls eine Bresche, geschlagen durch die Initiative der kleinen Nationen. Ein kleiner Erfolg, aber immerhin ein sichtbarer, der zu beachten ist, wenn auch die Aktion der Kleinstaaten später hilflos verpuffte. Ihr Tatendrang ist jetzt in den Rahmen der Kommissionssitzung eingespannt worden. Wird er sich dort den notwendigen Wirkungsraum zu verschaffen wissen? Man wird diese Frage angesichts der letzten Kommissionssitzungen in Genf fast verneinen müssen. Auch in der Erkenntnis, daß zwischen einem reinen Wollen immer noch eine große Abhängigkeit der Kleinstaaten von der überlegenen wirtschaftlichen Kraft und politischen Machtfülle der Großmächte steht. Eine Abhängigkeit, die dämpfen muß und dämpfen wird. Doch bleibt ein einziger Gewinn dieser kleinstaatlichen Regsamkeit in Genf: die Welt hat erfahren, daß es noch Völkergruppen gibt, die die Verwirklichung der größten Idee des Völkerbundes, die Verwirklichung des Abrüstungsgedankens, höher und ernster einzuschätzen wissen, als die egoistischen machtpolitischen Interessen einiger Großmächte. Das ist schon ein Gewinn.

Dr. Stresemann vor der Weltpresse.

* Genf, 16. September. Dr. Stresemann empfing heute nachmittag im Hotel Metropole die **Vertreter der deutschen und der ausländischen Presse** zu einem Tee, in dessen Verlauf er in einer Rede auf die **aktuellen Fragen des Völkerbundes** einging. Dr. Stresemann führte u. a. folgendes aus:

„**Zum zweiten Male in diesem Jahr ist das Deutsche Reich im Völkerbund vertreten. Deutschland konnte an allen großen Völkerbundsfragen mitarbeiten. Die gegenwärtige Völkerbundstagung gehört zu den bedeutendsten, die Genf bisher gesehen hat. Wohl hat die Generaldebatte in der Vollversammlung einen Streit der Meinungen mit Angriffen und Gegenwehr gezeigt, doch dieser Gedankenaustausch muß als viel wertvoller als der Austausch allgemeiner Höflichkeiten und die Anerkennung einiger ganz allgemeiner Ideen bezeichnet werden. Von zwei Seiten ist der Versuch gemacht worden, die von einzelnen Nationen vorgebrachten Anregungen in Entschließungen zusammenzufassen, aber die polnische wie die holländische Entschließung haben das gleiche Schicksal gehabt, verschiedenen Aenderungen ausgesetzt zu sein. Deutschland hat die polnische Entschließung unterstützt, weil es der Meinung ist, daß eine feierliche Erklärung der Art, daß alle Völkerbundsstaaten den Krieg verabscheuen, keineswegs schaden kann. Herr Briand hat in seiner Rede auf nicht lange zurückliegende spannungsreiche Zeiten hingewiesen. Jene Zeiten haben Spannungen gehabt, die vielleicht stärker waren, als man im allgemeinen in der Oeffentlichkeit weiß. Aus diesem Grunde ist deutscherseits dem Gedanken Ausdruck gegeben worden, daß, wenn eine Entscheidung auch nichts an dem Pakt ändert, eine solche Entscheidung von großer Bedeutung sein kann, weil auch die Empfindungen der Menschen eine moralische Weltgeltung haben, die eben so stark sein kann wie die Paragraphen, die die Völker juristisch binden.**

Dr. Stresemann hob sodann hervor, daß die deutsche Delegation glaube in Anspruch nehmen zu können, daß sie sich nicht mit Worten begnügt habe, „Deutschlands Erklärung über die Unterzeichnung der sogenannten Fakultativklausel des Haager Schiedsgerichtshofes ist deshalb von Bedeutung, weil jetzt wohl der Bann gebrochen sein kann, der andere Nationen bisher zurückgehalten hat, den gleichen Weg zu gehen. Die Worte mit denen Herr Briand Deutschlands Vorgehen begrüßte, berechtigten zu der Hoffnung, daß auch Frankreich seinen Widerstand gegen den Beitritt zu der Schiedsgerichtsklausel aufgeben wird". Dr. Stresemann wies ferner darauf hin, daß in einem Teil der französischen Presse, die scheinbar eine offizielle Bedeutung trägt, vielfach Deutschlands Erklärungen über seinen inneren Frieden Zweifel entgegengesetzt werden. Bei Ländern mit mehreren Millionen Einwohnern werde es immer geteilte Meinungen geben, so auch bei Deutschland mit seiner Bevölkerung von 63 Millionen. In jedem Land gibt es das Spiel und Gegenspiel der Kräfte. Die deutsche Völkerbundsdelegation aber umfaßt sämtliche großen deutschen Parteien.

Die Entwicklung der letzten Jahre stößt zweifellos noch auf Hemmungen und Schwierigkeiten, die jedoch überwunden werden würden. Dr. Stresemann kam sodann auf die Veröffentlichung der „Menschheit" zu sprechen. Er führte u. a. aus: „Wenn jemand seit Jahren überhaupt nicht mehr in Deutschland lebt, hat er kein Recht, über die geistige Verfassung des Landes und Volkes zu sprechen, wenn aber jemand von deutschem Blut dafür eintritt, daß das Rheinland an Frankreich abgetreten wird, so ist das ein Mangel an Charakter und Anstand, den kein Volk dulden kann. Allein eine von allen großen politischen Parteien einschließlich der Opposition vertretene Politik muß als allgemein maßgebende Grundlage für die Beurteilung des deutschen politischen Willens angesehen werden. Wohl wird noch über Nüancen, Form, Ausdruck und Art in den großen Parteien gestritten, aber nicht mehr über die Grundlagen ihrer Politik. Die Politik der deutschen Völkerbundsdelegation wäre nicht möglich, wenn sie nicht von den großen Parteien, auch der Opposition, getragen wird. Regierung und Opposition sind sich über die Grundfragen der Politik einig. Die große Mehrheit des deutschen Volkes steht damit hinter der Regierung. Der Außenminister gab in diesem Zusammenhang eine Darstellung der Entwicklung, die gerade die junge Generation in Deutschland durchgemacht hat. Er betonte, daß die heutige Jugend dem Geiste der Resignation innerlich fernstehe und damit eine Entwicklung zur aktiven Politik zeige. Die Entwicklung hätte schneller und intensiver sein können, wenn die moralische und materielle Belastung des deutschen Volkes von Anfang an planmäßiger erfolgt wäre. Eine schwere Belastung stelle immer noch die Rheinlandbesetzung dar.

Der deutsche Standpunkt sei stets gewesen, daß der Völkerbund seinen Zweck verfehlen würde, wenn er den kleineren Staaten nichts anderes als einen Anschluß an die Korporation der Großmächte geben würde. So wie die Locarnomächte heute untereinander gekommen seien, so seien die südamerikanischen Delegierten zu Sonderbesprechungen im Vorjahre zusammengekommen. In dieser Art von Besprechungen müßte auch die Zusammenkunft des polnischen Delegierten Sokal mit den Vertretern der baltischen Staaten und der Kleinen Entente gerechnet werden. Der Verlauf der Ratswahlen und die Wahl der Versammlungsvorsitzenden hatten jeden Versuch einer Vorausbestimmung enttäuscht und seien ein Beweis dafür, wie falsch die Ansicht sei, daß die kleineren Staaten im Völkerbund nur eine Nebenrolle spielten. Dr. Stresemann stellte fest, daß sich Deutschland stets für die demokratischen Ordnungsprinzipien des Völkerbundes erklärt habe. Bei den Ratswahlen müsse nicht nur das Land, sondern die Persönlichkeit des Kandidaten berücksichtigt werden.

Zur Abrüstungsfrage übergehend erklärte Stresemann, daß das wehrlose Deutschland besonders an der Abrüstungsfrage interessiert sei. Die deutsche Delegation sei außerdem verpflichtet, ihre Mitwirkung am Völkerbund durch ein Streben nach Verwirklichung der Verpflichtungen aus dem Locarnovertrag vor dem Volke zu verantworten. Der gegenwärtige Stand der Abrüstungsfragen sei auch für Länder, die noch voll gerüstet seien, durchaus unbefriedigend.

Zum Schlusse seiner Rede verwies Dr. Stresemann noch auf die Bedeutung der im Rahmen des Minderheitenschutzes bedeutsamen Frage des ungarisch-rumänischen Konfliktes hin. Er gab der Meinung Ausdruck, daß, wenn auch die gegenwärtige Tagung beim Völkerbund wie jede menschliche Arbeit Schwächen gezeigt habe, doch erfolgreich war und daß der Völkerbund weiter wachsen werde. Auf die Frage eines französischen Journalisten, ob Deutschland beabsichtige, auf Grund des Art. 19 der Völkerbundssatzung die Frage der Rheinlandbesatzung aufzurollen, erwiderte der Minister, daß diese Angelegenheit im Rahmen der Locarnomächte verhandelt worden sei. Diese Frage, betonte Dr. Stresemann, werde hoffentlich im gleichen Rahmen einer zufriedenstellenden Regelung entgegengeführt werden.

Auf eine andere Frage nach Deutschlands Minderheitenpolitik erwiderte Stresemann, daß Deutschland für jede Minderheit eintreten werde.

•

Briand kehrt nach Genf zurück.

)(Paris. (Telunion.) Im Gegensatz zu den bisherigen Informationen fährt Briand nach einer Havasmeldung nach einer Teilnahme an dem Ministerrat Sonntag wieder nach Genf zurück.

•

Zaleskis Genfer Reise noch unbestimmt.

* Warschau, den 16. 9. (Telunion.) Wie heute mitgeteilt wird, wird die Reise des polnischen Außenministers Zaleski nach Genf wahrscheinlich überhaupt nicht zustande kommen. Die Abendpresse meldet, daß sich der Gesundheitszustand des Ministers wieder verschlechtert haben soll.

•

Deutschland ist wieder einmal schuld.

* Brüssel. (Telunion.) Von den Morgenblättern nimmt heute nur die „Nation Belge" zu dem Mißerfolg Belgiens in Genf Stellung und stellt fest, daß das gestrige Ergebnis weder Entrüstung noch Erstaunen hervorrufen könne, sondern nur bestätige, daß Belgien trotz des Völkerbundes sich nur auf sich selber verlassen könne. Die „Nation Belge" fordert zum Schluß die Presse auf, **die geheiligte Einheitsfront gegen die deutsche Gefahr (?) zu festigen.**

Der Reichspräsident in Bartenstein.

Bartenstein. (Funkspruch.) **Auf dem Wege zum Bahnhof durchfuhr heute Reichspräsident von Hindenburg, von Markienen kommend, die Stadt. Die Straßen trugen reichen Flaggenschmuck. Der Kraftwagen, in dem der Reichspräsident neben Exzellenz von Berg Platz genommen hatte, wurde mit Blumen geradezu überschüttet. Am Bahnhof hatte sich zum Abschied der Bürgermeister der Stadt Bartenstein und mehrere Magistratsbeamte eingefunden. Namens der Bürgerschaft begrüßte der Bürgermeister den Reichspräsidenten; er gab seiner Freude über den Besuch Ausdruck und teilte den Magistratsbeschluß mit, nach dem der neue Stadtwald den Namen „Hindenburgwald" erhalten solle. Er erbat dazu die Genehmigung des Reichspräsidenten.**

Der Herr Reichspräsident erwiderte auf die Ansprache er gebe gern seine Einwilligung für die neue Bezeichnung des Stadtwaldes. In das von dem Herrn Reichspräsidenten ausgebrachte Hurra auf das Westerland stimmte die Menschenmenge freudig ein. Dann bestieg der Reichspräsident unter brausenden Hochrufen der Menge den Bahnwagen.

Deutsches Beileid

aus Anlaß der Erdbebenkatastrophe auf der Krim.

)(Moskau. Der deutsche Botschafter hat Tschitscherin sein Beileid aus Anlaß der Erdbebenkatastrophe auf der Krim ausgesprochen.

Erstklassige Küche Saazer Urstoff ▪ Stiehlers Weinrestaurant ▪ Preiswerte Ia Flaschen- und Schoppenweine

SLUB Wir führen Wissen.